

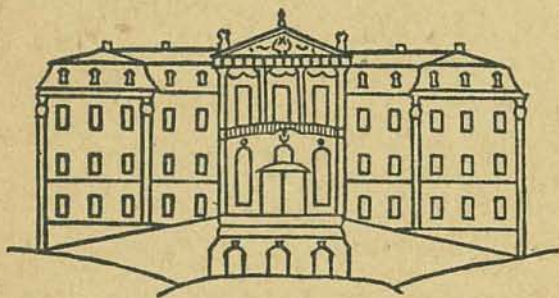
Hefte aus Burgscheidungen

---

Günter Wirth

## Deutsche Friedenspolitik 1917-1967

Eine Rede in Lübeck am Weltfriedenstag 1967



166

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Descyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik

## Hefte aus Burgscheidungen

---

Günter Wirth

### Deutsche Friedenspolitik 1917-1967

Eine Rede in Lübeck am Weltfriedenstag 1967



166

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

### Vorbemerkung

Bei den Darlegungen, die in dieser Schrift zusammengefaßt sind, handelt es sich um Ausführungen, die der Verfasser in seiner Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums des Friedensrates der DDR im 1. September 1967 in Lübeck auf Einladung von Pastor M. Reinke in dem von diesem geleiteten „Politischen Arbeitskreis“ gemacht hat. Wenn sie jetzt veröffentlicht werden, so wie sie in Lübeck vorgetragen wurden (lediglich die Anmerkungen wurden hinzugefügt), dann einmal als Zeugnis für die Bedeutung einer parteilichen Darlegung der konstruktiven Politik der DDR in Westdeutschland, zum anderen deshalb, weil sie zeigen, wie diese Politik gerade auch christlichen Kreisen mit aller Konsequenz nahegebracht werden kann.

Wenn Sie mir die Aufgabe gestellt haben, heute, am 28. Jahrestag des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges, in einer knappen Stunde „Deutsche Friedenspolitik 1917 bis 1967“ zu analysieren und womöglich einige Gesichtspunkte vorzutragen, die zu einer weiterführenden Diskussion politischer und geistiger Grundfragen unserer Zeit hinlenken könnten, dann ist im Grunde die Situation der Quadratur des Zirkels gegeben. Verstehen Sie bitte manche Chiffre, die in der Kürze der Zeit nicht entschlüsselt werden kann, so, wie sie gemeint ist: als Stein des Anstoßes, über eben diese Grundfragen ins Gespräch zu kommen, als Versuch, den Horizont unseres Nachdenkens über die deutschen Dinge im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu erweitern.

Wenn man einleitend versuchen wollte, das etwas abstrakte Thema auf eine schon etwas präzisere und konzisere Formel zu bringen, dann würde ich auf jenen Abschnitt des Buches von Dr. Erich Müller-Gangloff, dem Direktor der Westberliner Evangelischen Akademie, „Mit der Teilung leben“, hinweisen, der die Überschrift trägt: „Rapallo und Rapacki“. <sup>1)</sup> Diese Formel ist nicht nur interessant von ihrer bestehenden Formulierung her, sondern sie ist in der Tat zutreffend unter den Aspekten politischer Entscheidung sowohl im Blick auf ihren ersten Teil, was die zwanziger Jahre angeht, als auch in Betracht ihres zweiten Teils, was die fünfziger und sechziger Jahre betrifft.

Lassen Sie mich daher zunächst einige Ausführungen über Friedenspolitik in den zwanziger Jahren machen, und zwar sehr abgekürzt bezogen auf die Chiffre „Rapallo“.

## I.

Am 13. Februar 1922 sprach sich der demokratische Abgeordnete Otto Nuschke im preußischen Landtag für deutsche Hilfe angesichts der Hungersnot in Sowjetrußland aus, verurteilte militärische Interventionspolitik und betonte schließlich wörtlich:

„Es ist nicht nur notwendig, daß wir das Handelsverhältnis vertragsmäßig festlegen, sondern man muß nach meiner Auffassung auch endlich einmal reinen Tisch machen, indem man die Sowjetregierung politisch anerkennt.“ <sup>2)</sup>

1) Erich Müller-Gangloff, Mit der Teilung leben, München 1965, S. 143 ff.

2) Otto Nuschke, Reden und Aufsätze 1919 – 1950, Berlin o. J. (1957), S. 18 f.

Damit reflektierte Otto Nuschke die Meinungen der humanistischen Kräfte im deutschen Bürgertum, und er stellte sich damit objektiv an die Seite der KPD, die parlamentarisch und außerparlamentarisch die Anerkennung Sowjetrußlands forderte.

Es sollten nur zehn Wochen vergehen, bis am 16. April 1922 der Vertrag von Rapallo von Rathenau und Tschitscherin unterschrieben wurde, in dessen Artikel 3 es heißt:

„Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik werden zugleich wieder aufgenommen.“ <sup>3)</sup>

Dies ist natürlich nur ein Ergebnis Rapallos, zu dessen Zustandekommen auf deutscher Seite vor allem Joseph Wirth, der zum linken Flügel der Zentrumspartei gehörige Reichskanzler, Wesentliches beigetragen hat. <sup>4)</sup> Die Herstellung sowohl formeller diplomatischer Beziehungen als auch eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Staaten (durch die Ausräumung bestehender Hindernisse im Ergebnis des ersten Weltkrieges und durch die Klärung ökonomischer Probleme) war ein schwerer Schlag für die imperialistischen Weltmächte. „Wie eine Bombe schlug der Vertrag ein, und er rief den heftigsten Protest Englands und Frankreichs hervor“, schreibt Fritz Klein. <sup>5)</sup> Wie aufgeregt etwa die französische Öffentlichkeit reagierte, geht daraus hervor, daß der „Temps“ am 20. April 1922 die Aufhebung des Rapallovertrages forderte und gegenüber der deutsch-sowjetischen Verständigung offen mit einem Präventivkrieg drohte. <sup>6)</sup>

Sowohl in seinen öffentlichen Reden als auch in seinen vertraulichen Analysen (etwa vor der Fraktion der Zentrumspartei im Reichstag) hat demgegenüber Joseph Wirth den Rapallovertrag als „ersten Friedensvertrag in Europa“ bezeichnet. Das sagte Joseph Wirth am 26. Mai vor der Zentrumsfraktion <sup>7)</sup>, und am 9. Juni 1922 erklärte er in Stuttgart:

3) Alfred Anderle (Hg.), Rapallo und die friedliche Koexistenz, Berlin 1963, S. 292

4) Auf der Konferenz „50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen“ am 20. September 1967 in Berlin würdigte das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Prof. Chwostow auch die Rolle Joseph Wirths sehr positiv.

5) Fritz Klein, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917 – 1932, Berlin 1952, S. 108

6) ebenda, S. 109

7) Abschrift aus dem im Nachlaß Leo Weismantels vorliegenden Protokollbuch (im folgenden: L.W.A.)

„Man hat geglaubt, uns einige Tage so unbemerkt an eine Wand stellen zu dürfen, daß wir geduldig abwarten, bis man uns rief. Da haben wir selbständig gehandelt und jenes Werk geschaffen, das der erste wahre Friedensvertrag in Europa geworden ist, ein Werk, das zum erstenmal nach dem Abschluß des Weltkrieges einen Strich unter die Kriegsrechnung gemacht hat, ein Werk, in dem zum erstenmal zwei Völker, die auf allen Kriegsschauplätzen des Ostens in blutigstem Ringen gestanden sind, . . . sagten, wir bieten uns die Hand, wir wollen miteinander vergessen und das Vergangene begraben sein lassen und versuchen, wirtschaftlich miteinander zu verhandeln und eine leider einmal in der geschichtlichen Entwicklung unserer Völker unterbrochene Freundschaft wieder zu pflegen. Solange Rußland und Deutschland einander nicht feindlich geworden sind, ist es beiden Völkern in Europa gut gegangen, und ich glaube, diesem Ziel zu dienen zunächst durch das Werk eines mannhaften, ehrlichen, aufrichten Friedensvertrages und hernach durch den Versuch, miteinander wirtschaftlich in Verbindung zu kommen. Durch ein derartiges Werk dienen wir den Interessen des gesamten, so unglücklich dahinsiechenden Europas.“<sup>8)</sup>

Um auf dem rechten Flügel des Zentrums bestimmte anti-sowjetische Ressentiments auszuräumen und auch dessen Exponenten zur Zustimmung zum Rapallovertrag zu bewegen (Wirth: „Es wäre verhängnisvoll, wenn im Plenum des Reichstags eine Abstimmung gegen den Vertrag stattfinden sollte“), brachte er zusätzlich einige Argumente vor. So meinte er einerseits auf das gewachsene Prestige Deutschlands als eines „Vermittlers“ zwischen Ost und West hinweisen zu können, aber auch als Vermittler „bei der Förderung der Wünsche der Kirche gegenüber Rußland.“<sup>9)</sup> Offensichtlich nahm Wirth hierbei Bezug auf manche im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua verbreiteten Gerüchte, die der Marburger Kirchenhistoriker Hermelink so wiedergab:

„Auf der Konferenz von Genua hat der Papst nicht versäumt, durch den Erzbischof von Genua mit den russischen Delegierten, insbesondere mit Tschitscherin verhandeln zu lassen. Und auch der deutsche Katholizismus will sich an dem großen Werke beteiligen.“<sup>10)</sup>

Was Wirth unter „Vermittlerrolle“ konkret verstand, wird allerdings deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß

Gasparri, der damalige Kardinalstaatssekretär, den in Genua vertretenen Staaten ein Schreiben hatte zugehen lassen, „in dem sie aufgefordert wurden, mit Rußland keine politischen Abkommen zu treffen, solange dieses nicht ‚die Freiheit der religiösen Betätigung‘ . . . zugesichert habe.“<sup>11)</sup>

Es zeigt sich also, daß schon im Blick auf Rapallo die Probleme der Orientierung des deutschen Bürgertums auf die Verständigung mit Sowjetrußland (jedenfalls intern) mit klerikalen machtpolitischen Vorstößen verquickt waren. Wie wenig erfolgreich diese sein konnten, wird allerdings klar, wenn man unterstreicht, was Fritz Klein über das Echo im deutschen Volke auf Rapallo festgehalten hat:

„Mit seltener Einmütigkeit war das deutsche Volk der Auffassung, daß der Vertrag seinen Interessen in hohem Maße entsprach.“<sup>12)</sup>

Unabhängig davon, wie die innerdeutsche Entwicklung zwischen 1922 und 1926 weiter verlief (es seien nur die Stichworte „relative Stabilisierung des Kapitalismus“ und „Locarno“ genannt!), ist aufschlußreich genug, daß man für die Aufnahme des Berliner Vertrages zwischen Deutschland und der UdSSR im Frühsommer 1926 ähnliche Formulierungen finden kann wie Klein hinsichtlich Rapallos. So konnte kein Geringerer als Prälat Ludwig Kaas im „Politischen Jahrbuch 1926“ der Zentrumsparterie schreiben, der Berliner Vertrag habe bei den Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags „die einmütige Zustimmung sämtlicher Parteien“ gefunden; er sei „somit durch ein Votum der deutschen Volksvertretung bestätigt“ worden, „wie es in dieser Einstimmigkeit kein annähernd gleich wichtiger Vertrag der Nachkriegszeit gefunden hatte.“<sup>13)</sup> Im Reichstag selbst wurde dann der Vertrag „fast einmütig“ angenommen, und im Band 4 der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, wo diese Tatsache Erwähnung findet, wird zur Charakterisierung mit Recht hinzugefügt:

„Obwohl die entscheidenden Kreise des deutschen Finanzkapitals nicht daran dachten, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und dem Sowjetstaat zu

11) Renate Riemeck, Moskau und der Vatikan, II, Frankfurt am Main, 1965, S. 126

12) Fritz Klein, a. a. O., S. 108

13) Georg Schreiber (Hg.), Politisches Jahrbuch 1927/28, M.-Gladbach 1965, S. 126

8) Joseph Wirth, Reden während der Kanzlerschaft, Berlin 1925, S. 372  
9) L.W.A.

10) Heinrich Hermelink, Katholizismus und Protestantismus in der Gegenwart, Gotha/Stuttgart 1924, S. 48

entwickeln, erschwerte der Berliner Vertrag doch die Teilnahme an antisowjetischen Blockbindungen.“<sup>14)</sup>

Diese knappen Hinweise auf die Bedeutung des Rapallovertrags und des Berliner Vertrags machen schon deutlich, daß einerseits im deutschen Volk große Sympathien für friedliche Beziehungen zur Sowjetunion vorhanden waren und in der deutschen Öffentlichkeit hierauf Rücksicht genommen werden mußte, daß andererseits die Politik selbst eines bürgerlichen Deutschland von geordneten Beziehungen zu Sowjetrußland profitierte und daß schließlich für die UdSSR Verständigung und Freundschaft mit Deutschland schon in den zwanziger Jahren eine bedeutende Rolle spielten.

Als ich 1953 mit Paul Distelbarth die UdSSR besuchte, sahen wir noch in dem großen Ural-Maschinenwerk in Swerdlowsk, das 1928 gegründet und 1933 fertiggestellt worden war, deutsche Maschinen, entstanden auf Grund sowjetischer Aufträge, mit deren Hilfe die Arbeitslosigkeit in Deutschland gemindert wurde, und Distelbarth schrieb dann in seinem Buch „Rußland“, das vor über zehn Jahren in Westdeutschland wie in der DDR gleichermaßen Aufsehen erregte:

„Diese Maschinen sind alle noch da, mit Interesse liest man die Firmenschilder in lateinischen Buchstaben“,

und er fügte hinzu:

„Als ich im Herbst 1932 einmal mit Robert Bosch den Generaldirektor der Guten-Hoffnungs-Hütte, Reusch, in seinem ‚Jagdschloß‘ Katharinenhof bei Backnang besuchte, erzählte er, jetzt eben hätten sie die größte hydraulische Presse, die je auf Erden gebaut worden sei, an die Sowjetunion geliefert: dort sah ich sie in den Schmiedehallen von Uralmasch stehen, und der Direktor stellte sie uns ausdrücklich als die größte hydraulische Presse vor, die je von Menschenhand gebaut worden sei.“<sup>15)</sup>

Es war Anfang der sechziger Jahre, als der jüngst verstorbene Vizepräsident des Bundestages Dr. Thomas Dehler davon sprach, es sei dringend nötig, den Dreißigjährigen Krieg gegen die Sowjetunion zu beenden.<sup>16)</sup> Damit ist

14) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Berlin 1966, S. 124

15) Paul Distelbarth, Rußland – Bericht einer Reise, Berlin 1957, S. 157

16) Nach Mitteilung von H. Mochalski, „Neue Zeit“, Moskau, Heft 36/1967, stammt dieses Wort vom früheren sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow, gegenüber Dr. Dehler, der es dann allerdings so häufig gebrauchte, daß es mit seinem Namen verbunden bleibt.

indirekt gesagt, daß gegen Rapallo nicht nur die Locarno-Politik<sup>17)</sup> ins Feld geführt wurde, daß vielmehr seit Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre die Westorientierung Deutschlands, wie sie von Locarno symbolisiert wird, einen scharfen antisowjetischen Akzent erhielt, und zwar nicht zufälligerweise in demselben Augenblick, da in Deutschland der Prozeß der Faschisierung einsetzte, da man mit Notverordnungen zu regieren begann und da Carl von Ossietzky am 7. Oktober 1930 schrieb:

„Finden die beiden sozialistischen Parteien (gemeint sind die SPD und die KPD) sich nicht in einer gemeinsamen Abwehrfront zusammen, dann gibt es gegen den Faschismus keinen Halt mehr. Der Staatsapparat, ohnehin reaktionär und unrepublikanisch, ist zu seiner auch offiziellen Aufnahme bestens vorbereitet. Herr Brüning fühlt sich als Kanzler der Sanierung. Aber er ist kein Beginn, kein Übergang, er ist ein Letzter. Er ist der Romulus Augustulus unter den Kanzlern der demokratischen Republik, den das Schicksal bestimmt hat, die Kapitulation vor den Barbaren zu unterschreiben.“<sup>18)</sup>

1930 ist aber auch genau das Jahr, in dem die antisowjetischen propagandistischen Aktionen einen Höhepunkt nach dem anderen erreichten und zum Beispiel auch im deutschen Katholizismus und im deutschen Protestantismus ihren Niederschlag fanden. Katholischerseits waren es vor allem Herr von Papen und der Berliner Bischof Dr. Schreiber, die Propaganda-Aktionen gegen die Sowjetunion in Gang setzten<sup>19)</sup> (ein heute längst vergessener Dr. Bertram Schmidt und ein noch nicht vergessener Jesuitenpater Dr. Gundlach taten sich auch besonders hervor)<sup>20)</sup>; auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg war es der sonst sehr angesehene Berliner Theologieprofessor Dr. Deißmann, der eine antisowjetische Resolution einbrachte, gegen die der Vertreter der Religiösen Sozialisten, der Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert, mit Nachdruck Stellung nahm<sup>21)</sup> – und die Diskussion über dieser Frage wurde so heftig, daß der Kir-

17) Vgl. zu Locarno die Rede von Wolfgang Heyl in der Volkskammer der DDR, „Neue Zeit“ vom 22. September 1967

18) Carl von Ossietzky, Schriften I, Berlin und Weimar 1966, S. 361 f. (Artikel aus der „Weltbühne“)

19) Vgl. hierzu Albert Norden, Fälscher, Berlin 1963, S. 189

20) Vgl. hierzu „Rastatter Zeitung“ vom 22. Dezember 1931 und

21) Hermann Sasse (Hg.), Kirchliches Jahrbuch für die evangelischen Landeskirchen Deutschlands 1932 (59. Jahrgang), Güthersloh 1932, S. 44 ff.

chentag (heute würden wir sagen: die Synode) in eine große Krise geriet.

Es ist daher von außerordentlicher Bedeutung, daß es gerade Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre auch in der deutschen Christenheit Persönlichkeiten gab, die sich im Sinne des „Principiis obsta!“ dem beginnenden dreißigjährigen Krieg gegen die Sowjetunion entgegenstellten: Eckert habe ich schon genannt. Bereits drei Jahre vor dem Nürnberger Kirchentag hatte der thüringische evangelische Pfarrer Dr. Vogl einen Bericht über seine Reise durch Sowjetrußland veröffentlicht, in dem er etwa zu folgender bemerkenswerten Schlußfolgerung gekommen war:

„Eine neue geschichtliche Notwendigkeit fordert ihr Recht, und ihre Idee zwingt die Tüchtigsten ihrer Zeit. Und Rußland ist das Land, wo diese neue Welt und in ihr der neue Mensch sich zu verwirklichen begonnen hat – unter Schmerzen und Armut, Elend und Not, so kommt immer das Neue. Und die, welche ihm dienen wollen, müssen Opfer bringen: sie bekennen sich zur neuen Sittlichkeit, welche spricht: ‚Nicht will ich haben, solange die Genossen nicht auch haben‘ – im Gegensatz zur alten Tugend: ‚Wenn nur ich habe, was gehen mich die andern an‘... Ein neues Werden hat begonnen und das russische Volk... ist zur Tat erwacht und der erste Träger dieses Werdens.“<sup>22)</sup>

Was katholische Persönlichkeiten angeht, so ist wenig bekannt, daß der damals kaum dreißigjährige Kaplan Dr. J. C. Rossaint gegen den 1937 der in der Geschichte der antifaschistischen Bewegung als „Katholikenprozeß“ eingegangene Prozeß geführt wurde<sup>23)</sup>, zu einer Reise in die Sowjetunion bereit war; leider kam es dann nicht dazu.<sup>24)</sup> Im „Roten Blatt“ der katholischen religiösen Sozialisten wurden aber gerade in jener Zeit, Anfang der dreißiger Jahre, interessante Reiseberichte über die Sowjetunion veröffentlicht, darunter von einem katholischen Jugendführer namens W. H a m m e l r a t h, und es war Frau Dr. Klara-Marie Faßbinder, die in den Spalten eben dieses Blattes nicht nur für die deutsch-französische Versöhnung, sondern auch für Verständnis zugunsten der Sowjetunion eintrat.<sup>25)</sup>

22) Carl Vogl, Sowjetrußland – wie ein deutscher Pfarrer es sah und erlebte, Leipzig 1927, S. 71

23) Herausgeberkollektiv, Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung, Berlin 1967, S. 84, 117, 118 und 127

24) Mitteilung von H. Bräsel, Berlin

25) „Rotes Blatt“, März 1930, bzw. Klara-Marie Faßbinder, Wolga! Wolga! – Erlebte Sowjetunion, Gundernhausen 1967

Meine Damen und Herren, ich habe diese Tatsachen ein wenig ausführlicher geschildert, weil sich in der Rückschau ergibt, daß die Absage an den Antikommunismus im allgemeinen und an die Antisowjethetze im besonderen zu einem, wenn nicht zu dem Kernpunkt einer deutschen Friedenspolitik in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre geworden war, und die diplomatische Formel von Rapallo mußte notwendigerweise – das sah sogar ein sonst so konservativer Mann wie der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Otto Hoetzsch –<sup>26)</sup> erweitert werden zur Formel einer deutsch-sowjetischen Verständigung und Freundschaft im Interesse des Friedens und der Sicherheit Europas.

Es gehört zu den Verhängnissen der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes in den dreißiger Jahren, daß diese Erkenntnis nicht zu einem tragenden Prinzip deutscher Politik wurde, und es war ebenso verhängnisvoll, daß die insbesondere Anfang der dreißiger Jahre sich verstärkenden Bemühungen etwa der Kommunistischen Partei Deutschlands, vor allem Ernst Thälmanns, zu einer Einheitsfront aller antifaschistischer Kräfte zu gelangen, auf der Seite der Sozialdemokratie und im deutschen Bürgertum nicht genügend Resonanz fanden. Es ist übrigens interessant, daß der aus Lübeck stammende Schriftsteller Johannes Tralow als Vertreter des „Lübecker Stadt- und Landboten“ Ernst Thälmanns Auftreten in Hamburg beobachtete und tief hiervon berührt war; sein ganzer weiterer Lebensweg sollte hiervon mitbestimmt werden.<sup>27)</sup>

Lassen Sie mich bitte in diesem Zusammenhang an zwei bemerkenswerte Tatsachen erinnern:

Am 30. Juli richtete Prof. Albert Einstein, Nobelpreisträger und Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, einen Brief an Sigmund Freud mit dem Vorschlag, beide Gelehrte sollten einen öffentlichen Briefwechsel zum Thema „Warum Krieg?“ führen. Andere Gelehrte von internationalem Rang sollten ebenfalls ihre Beiträge hierzu leisten. Doch Freud lehnte ab; er sah „Aggressivität“ nicht als gesellschaftliches Problem, sondern lediglich als solches des menschlichen Trieblebens.<sup>28)</sup>

26) Vgl. hierzu Werner Berthold, Die Wandlung des Historikers Otto Hoetzsch, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, Heft 5/1966, S. 732 ff.

27) „Neue Deutsche Presse“, Heft 8/1967

28) „Neues Deutschland“ vom 30. Juli 1967

Dieser Brief Einsteins vom Juli 1932 ist eng mit dem anderen Ereignis verbunden, auf das hinzuweisen sich lohnt: Im Mai 1932 war nämlich Albert Einstein zusammen mit Gorki, Barbusse, Romain Rolland, Heinrich Mann, Karl Kraus und Frans Masereel dem Initiativkomitee für einen internationalen Kongreß gegen imperialistischen Krieg beigetreten, der dann, besucht von 2000 Delegierten, in Amsterdam stattfand, ein Manifest gegen den deutschen Faschismus annahm und ein Weltkomitee bildete, dem von deutscher Seite neben Albert Einstein die bekannte kommunistische Reichstagsabgeordnete Clara Zetkin angehörte.<sup>29)</sup> Es war dies genau die Zeit, in der die KPD die Losung formuliert hatte: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“<sup>30)</sup>

Die sich aus solch verhängnisvoller Entwicklung ergebende Tragik bestand nun darin, daß sich erst in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlers diejenigen, die schon Anfang der dreißiger Jahre hellichtig und klarsichtig die Entwicklung vorausgeschaut hatten, mit denen zusammenfanden, die – etwa als Exponenten der Sozialdemokratie oder des humanistischen deutschen Bürgertums – noch gemeint hatten, die frühen Warnungen der Kommunisten in den Wind schlagen zu können. Man lese nur einmal das Tagebuch des evangelischen Dichters Jochen Klepper, um in bestürzender Weise mit dieser Tatsache konfrontiert zu werden,<sup>31)</sup> und das Schicksal eines Paul Schneider, des Predigers von Buchenwald,<sup>32)</sup> ist ja schon geradezu legendär geworden.

Im übrigen sollte man nicht übersehen, daß nach Reichstagsbrand und Ermächtigungsgesetz auch diejenigen aus der politischen Szenerie Deutschlands verschwinden mußten, die – geprägt vom Antikommunismus – nichts getan hatten, um die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern, mehr noch: sogar geholfen hatten, dieser den Weg zu bereiten. Ich denke hier gerade auch an das Ende der Deutschen Zentrumspartei, die 1932 viel dazu getan hatte, die NSDAP hoffähig zu machen, und die Anfang Juli 1933 (unter anderem auch als Vorleistung für den Konkordatsabschluß) aufgelöst wurde. Unter

29) ebenda

30) Genau hieß die Losung aus dem März 1932: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ – Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4, Berlin 1966, S. 328

31) Vgl. Jochen Klepper, Unter dem Schatten Deiner Flügel, Berlin 1967

32) Vgl. Walter Feurich, Paul Schneider, Berlin 1967

dem letzten Dokument dieser Partei steht: „Dr. Krone. Mit der Abwicklung beauftragt.“<sup>33)</sup> Es war daher auch kein Zufall, daß diejenigen Zentrumsführer, die versucht hatten, einen antifaschistischen und demokratischen Kurs zu steuern, verhaftet oder zur Emigration verurteilt wurden; ich nenne nur noch einmal den Namen des Zentrums politikers, mit dem sich die Rapallo-Politik verbunden hatte, also den Dr. Joseph Wirths, der in die Schweiz gehen mußte.

## II.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt an der Zeit, den Blick auf den zweiten Teil der eingangs zitierten Formel von Dr. Müller-Gangloff zu lenken, also einige Gesichtspunkte über deutsche Friedenspolitik nach dem zweiten Weltkrieg zu erörtern. Ich meine jedoch, man kann dies nicht in legitimer Weise tun, wenn man nicht noch einige wichtige Lehren aus der Zeit des Faschismus, vor allem aus dem imperialistischen zweiten Weltkrieg zieht und sie hier als Beitrag zur Würdigung des Weltfriedensstages vorträgt. Natürlich kann ich mich auch hier nur auf einige fragmentarische Äußerungen beschränken.

Besonders wichtig scheint es mir zu sein, daß die deutschen Kommunisten sowohl in der Emigration als auch in der Illegalität die klare Frontstellung gegen die Kriegspolitik des deutschen Faschismus zu einer umfassenden Bündnispolitik, und zwar sowohl mit Sozialdemokraten als auch mit dem humanistischen Bürgertum und den christlichen Kirchen, ausbauten. Ich erwähne hier nur die KPD-Beschlüsse von Brüssel und Bern, die zahlreichen Aufrufe an die deutschen Katholiken, insbesondere im Jahre 1937 im Zusammenhang mit dem schon erwähnten Rossaint-Prozeß,<sup>34)</sup> und die Bildung der Deutschen Volksfront mit dem organisierenden Zentrum in Paris.<sup>35)</sup>

Einer der bedeutendsten Vorkämpfer der deutschen Volksfront war Ihr ehemaliger Mitbürger Heinrich Mann. Zwischen 1935 und 1939 wurde er zum führenden Agitator für die Ein-

33) Rudolf Morsey, in: Matthias-Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 440 ff.

34) Herausgeberkollektiv, Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung, a. a. O., S. 99, 100, 101 und 119

35) Vgl. etwa Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5; Maximilian Scheer, So war es in Paris, Berlin 1964; Heinrich Mann, Essays, Dritter Band, Berlin 1962



heit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes. So sagte er 1939:

„Der Kampf der deutschen Volksfront hat zwei Ziele, die eines das andere bedingen: den festen Block zu bilden und den Feind auszusperrern, bis zu dem Punkt, wo er geistig und praktisch als vollendeter Fremdkörper wirkt. Am Ziel soll jeder in Deutschland wissen: das ist der Feind. Wir sind das nicht. Und die Welt soll überzeugt sein, daß sie mit der deutschen Volksfront rechnen muß, anstatt mit Hitler.“

Und Heinrich Mann fügte hinzu:

„Jede Leitung einer Arbeiterpartei wird mit Nutzen die unausweichliche Frage vor Augen behalten: ein Staat des Volkes oder ein Staat gegen das Volk? Die Frage enthält schon die andere: Imperialismus oder soziale Erneuerung? Das eine schließt das andere aus – der Zweck des hitlerschen Imperialismus liegt auf der Hand. Kolonien, ‚stärkster Staat Europas‘ und die Beseitigung einer vorgeschützten nationalen Minderwertigkeit durch Rüstungen – alles geht darauf aus, den Deutschen vorzuenthalten, was sie wirklich brauchen: die innere Kolonisation, die innere Befreiung und das Selbstbewußtsein eines Volkes, das an inneren Taten, nicht an auswärtigen Abenteuer seine Kraft ermißt.“<sup>36)</sup>

Ein anderer Gesichtspunkt, auf den kurz hingewiesen werden soll, hängt gleichsam noch einmal mit der Frage „Rapallo“, also mit den deutsch-sowjetischen Beziehungen, zusammen. In klarer Erkenntnis des Wesens des Faschismus hatte die Sowjetunion zwischen 1933 und 1939, sowohl in ihren bilateralen Beziehungen als auch im Völkerbund (ich erwähne nur die berühmte Formel des sowjetischen Volkskommissars Litwinow vom „unteilbaren Frieden“), alles nur Mögliche getan, um zu einer weltpolitischen antifaschistischen Einheitsfront zu gelangen.<sup>37)</sup> Man kann jetzt auch in der Bundesrepublik die Erinnerungen des damaligen jungen sowjetischen Diplomaten und Dolmetschers V. Bereshkow,<sup>38)</sup> lesen, in denen authentisches Material hierzu geboten wird – vor allem natürlich zu der Tatsache, daß die englische und die französische Diplomatie im Sinne des Münchner Abkommens und vor dem Hintergrund der gleich-

zeitig gegen den Osten der Sowjetunion stattfindenden Aggression des japanischen Imperialismus zu keinen klaren Abmachungen mit der UdSSR bereit waren und offensichtlich darauf zielten, schon damals einen deutsch-sowjetischen Krieg zu entfesseln, dessen eigentliche Sieger als „lachende Dritte“ die imperialistischen Westmächte sein sollten. Unter diesem Gesichtswinkel muß man den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 sehen, der in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ als ein „schwerer Entschluß“ der Sowjetregierung qualifiziert und dahingehend charakterisiert wird, daß er „die Bildung einer antisowjetischen Front der mächtigsten imperialistischen Länder durchkreuzte“. Gleichzeitig wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Sowjetregierung dabei keinerlei Illusionen in bezug auf die Vertragstreue des Hitlerregimes hegte.<sup>39)</sup>

Der Überfall des Hitlerfaschismus auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 ließ dann das entstehen, was die Sowjetregierung schon im Frühsommer 1939 erstrebt hatte, nämlich eine internationale antifaschistische Front, die Antihitlerkoalition, und es wurde gleichzeitig zum Anlaß für die Erweiterung und Vertiefung des Kampfbündnisses aller deutschen antifaschistischen Kräfte. Wenn irgendwo die Dialektik geschichtlicher Entwicklungen mit einem Blick zu erfassen ist, dann hier!

Was die Antihitlerkoalition, also das weltpolitische Bündnis gegen den Faschismus, angeht, so bestand deren Kampfziel insbesondere im Sinne der Sowjetregierung und des amerikanischen Präsidenten Roosevelt darin, den Hitlerfaschismus militärisch zu zerschmettern und die Voraussetzungen für eine neue Weltordnung zu schaffen, die der republikanische amerikanische Politiker Wendell Willkie auf die Formel „One World“<sup>40)</sup> brachte. Die Ziele des Bündnisses der deutschen antifaschistischen Kräfte bestanden – und hier kann man noch einmal an die zitierten Äußerungen von Heinrich Mann anknüpfen – darin, ein neues antiimperialistisches Deutschland zu errichten, das ein wesentlicher Faktor in einer neuen Weltordnung des Friedens sein könnte und das den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit folgen sollte.

36) Heinrich Mann, a. a. O., S. 280

37) I. M. Maiski, Wer half Hitler?, Moskau o. J. (in deutscher Sprache), und Dr. Diether Possen. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1917, Darmstadt, v. J.

38) V. Bereshkow, In diplomatischer Mission bei Hitler in Berlin 1940 bis 1941, Frankfurt am Main 1967

39) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5, Berlin 1966, S. 232 ff.

40) Wendell Willkie, Unteilbare Welt, Stockholm 1943 (in deutscher Sprache). Vgl. hierzu meine Studie „Verantwortung und Erwartung der Deutschen“, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 146

Es war das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, <sup>41)</sup> das die organisatorische Plattform für die Verwirklichung dieses Bündnisses, insbesondere in den Jahren 1943 bis 1945, wurde. Und wenn man den Begriff „Freies Deutschland“ hört, dann sollte man nicht nur an die Zusammenschlüsse des Nationalkomitees in der Sowjetunion denken, sondern sich der Tatsache erinnern, daß dieses Komitee auch in Großbritannien und in den USA, in Mexiko und in der Schweiz (um nur diese wichtigen Zentren zu nennen) gebildet wurde.<sup>42)</sup> Schließlich sollte man auch nicht übersehen, daß zum Nationalkomitee führende bürgerliche Intellektuelle und christliche Theologen gehörten: ich erwähne nur die Unterstützung des „Freien Deutschland“ in den USA durch Paul Tillich <sup>43)</sup> und in der Schweiz durch Karl Barth. <sup>44)</sup>

Es zeigt sich also, daß ein knapper Rückblick auf einige sonst wenig beachtete Momente des politischen und geistigen Kampfes der antifaschistischen Bewegung zwischen 1933 und 1945 unmittelbar zu dem gehört, was Sie mir als Thema für den heutigen Vortrag gestellt haben, und es scheint mir vor allem wichtig zu sein, daß man eine deutsche Friedenspolitik im 20. Jahrhundert nicht aus ihrem sozialgeschichtlichen Kontext herauslösen kann. Man muß eben, wie es der humanistische Bürger Heinrich Mann getan hat, den Imperialismus beim Namen nennen, man muß im 50. Jahr nach der Oktoberrevolution deren Ergebnisse kennen und berücksichtigen, und man muß, wie es der humanistische Bürger Thomas Mann getan hat, den Sozialismus und den Frieden in engstem Zusammenhang sehen. Ich zitiere aus der Rundfunkansprache Thomas Manns vom 28. März 1944 über BBC London:

„Deutsche Hörer, Europa wird sozialistisch sein, sobald es frei ist. Der soziale Humanismus war an der Tagesordnung, er war die Vision der Besten in dem Augenblick, als der Faschismus seine schielende Fratze über die Welt erhob. Er, der das wahrhaft Neue, Junge und Revolutionäre ist, wird Europa seine äußere und innere Gestalt geben, ist nur erst der Lügenschlange das Haupt zertreten.“ <sup>45)</sup>

41) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5, Berlin 1966, S. 350 ff.

42) ebenda, S. 373 ff.

43) ebenda, S. 380 f. – Mitteilung von Prof. K. Obermann, Berlin

44) Herbert Trebs, Karl Barth, Berlin 1966, S. 7

45) Thomas Mann, Gesammelte Werke, zwölfter Band, Berlin 1955, S. 720

Ich denke, meine Damen und Herren, man wird diese Gesichtspunkte immer im Blickfeld haben müssen, wenn ich mich nunmehr der Nachkriegszeit zuwende, also dem zweiten Teil von Müller-Gangloffs Formel „Rapacki“. Ich denke, es ist sehr produktiv, gerade dieses Stichwort in den Mittelpunkt einiger Erörterungen zur deutschen Friedenspolitik der Nachkriegszeit zu rücken, weil mit dem Begriff „Rapacki-Plan“ unmittelbar ein Sachverhalt verbunden ist, der mit in Ansatz zu bringen ist, wenn man den Charakter unserer Epoche definiert und dabei ein wichtiges Moment hervorhebt, nämlich den Eintritt der Menschheit in das Atomzeitalter.

Der 6. August 1945, also der Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima, war, wie der Wiener Kulturphilosoph Günther Anders in seinem Tagebuch aus Hiroshima und Nagasaki „Der Mann auf der Brücke“ geschrieben hat, „der Tag Null“, und Anders fügte hinzu:

„Dieser Tag, an dem bewiesen wurde, daß die Weltgeschichte vielleicht nicht mehr weiter geht, daß wir jedenfalls fähig sind, den Faden der Weltgeschichte durchzuschneiden, der hat ein neues Zeitalter der Weltgeschichte eingeleitet . . . Wir leben (Anders schrieb sein Buch 1958 – d. V.) im Jahre 13 des Unheils. Ich wurde geboren im Jahre 43 vor . . . In einem anderen Zeitalter.“ <sup>46)</sup>

Diese warnende Mahnung des österreichischen Philosophen korrespondiert mit den Auffassungen der führenden Naturwissenschaftler in aller Welt (ich erwähne nur die Göttinger Achtzehn, Prof. Linus Pauling und Prof. Max Steenbeck), und sie ist Gegenstand vielfältiger Aktionen der unterschiedlichsten Friedensorganisationen, von der Weltfriedensbewegung bis zur Internationale der Kriegsdienstgegner.

Es muß alles getan werden, um einen Atomkrieg zu verhindern, das Moskauer Teststoppabkommen zu stabilisieren und den Vertrag über Nonproliferation, wie er jetzt in Genf auf dem Tisch liegt, in die Wirklichkeit umzusetzen. Gleichzeitig wird es freilich auch notwendig sein, sogenannte lokale oder konventionelle Kriege (oder kleine und begrenzte Kriege) unmöglich zu machen und, soweit sie noch, wie in Vietnam, geführt werden, sofort zu beenden (wobei es sich – etwa im

46) Günther Anders, Der Mann auf der Brücke, Berlin 1965, S. 77

Zusammenhang mit der Anwendung von Napalm und Kugelnbomben — als sehr fraglich erweist, ob man die Vietnam-Eskalation des amerikanischen Imperialismus noch als konventionell geführten Krieg bezeichnen kann).<sup>47)</sup> Ich denke, gerade der 1. September sollte uns veranlassen, des vietnamesischen Volkes in Solidarität zu gedenken und die Einstellung des barbarischen amerikanischen Krieges zu fordern.

Was nun die Anwendung dieser prinzipiellen Linie auf Deutschland angeht, so ist ganz selbstverständlich: Die besondere Verantwortung, die wir Deutschen angesichts der Tatsache haben, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden aus begonnen wurden, gebietet, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß nie wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht. Das ist der Kern der Staatsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie im Manifest der Volkskammer der DDR — nicht zufälligerweise am 20. Jahrestag der Befreiung im Mai 1965 — formuliert worden ist.<sup>48)</sup>

Um diesen Sachverhalt noch einmal negativ zu formulieren: „Der deutsche Standort“ kann nicht der sein, wie er in dem soeben unter diesem Titel erschienenen Buch von Klaus Mehnert beschrieben worden ist:

„Die Deutschen haben zweimal den Anlauf genommen, an die Spitze des Fortschritts zu gelangen: In der Weltmachtspolitik Wilhelms II., in Hitlers Tausendjährigem Reich. Sie taten dies mit verschiedenen Mitteln und unter verschiedenen Vorzeichen, aber mit gewaltiger Wucht, und verwandelten dabei ihren Staat gleichsam in ein riesenhaftes Kraftwerk. Jedesmal schien ihre Armee unübertrefflich, ebenso ihre Wirtschaft, ihre innere Geschlossenheit und ihr Opfermut; die Welt staunte über diese Dynamik, die aus urchümlicher Kraft und technischer Präzision gleichermaßen erwuchs. Aber beide Anläufe endeten in Katastrophen . . . Die Einsicht in seine Fehler (die Fehler des deutschen Volkes) soll ihm nicht zur Quelle von Komplexen, sondern zur Lehre werden, die Bilanz seiner Leistungen zur weiteren Ermutigung dienen . . .“<sup>49)</sup>

Nein, „der deutsche Standort“, der für Mehnert logischerweise mit dem Alleinvertretungsanspruch verbunden ist und den Autor zu der Behauptung führt, die DDR sei „nicht

deutsch“, wird anders aussehen müssen und anders zu beschreiben sein. Sein Koordinatensystem wird einerseits vom Streben nach dem Aufbau einer Friedensordnung und zum anderen von der Bemühung um soziale Gerechtigkeit bestimmt sein müssen.

Diese wenigen Hinweise haben in ihrem Hintergrund schon die ganze Problematik solcher Formulierungen wie „deutsche Friedenspolitik“ und „deutscher Standort“ erkennen lassen, weil sie die in Deutschland bestehenden Realitäten, bewußt oder unbewußt, mit gutem oder mit bösem Willen, ignorieren. Wenn man heute wirklich den Beitrag der Deutschen zur Sicherung und Stabilisierung des Friedens definieren will, dann wird man von der Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten und des besonderen politischen Gebildes Westberlin auszugehen haben, und man wird danach fragen müssen, wie h i e r und wie d o r t das Ringen um den Frieden und um die soziale Gerechtigkeit geführt werden kann bzw. geführt werden muß.

Die Spaltung einer Nation, die ja auch dann gegeben ist, wenn diese Nation in einem einheitlichen Staat zusammenlebt — also die Spaltung in solche Klassen und Schichten, die für die Erneuerung der Nation und der Gesellschaft kämpfen, und in solche Klassen und Schichten, denen es um die Restauration und dann um die Zementierung der alten sozialen Ordnung geht —, wird gerade bei der Beantwortung dieser Frage endlich ihre exakte Berücksichtigung finden müssen. Es wird sich dabei die — Sie mögen sagen: paradoxe, ich würde sagen: dialektische — Situation ergeben, daß das einheitliche Deutschland, regiert von jenen Klassen und Schichten, die das gesellschaftliche Alte repräsentierten, Deutschland und die Welt zweimal in den Krieg geführt hat, während heute durch die Existenz eines friedliebenden deutschen Staates derartigen Abenteuer des anderen deutschen Staates wesentliche Grenzen gezogen worden sind.

Ich kann in diesem Vortrag das ganze schwierige Problem der Herausbildung von zwei deutschen Staaten, das zweifellos emotionale Spannungen und für den einzelnen nicht geringe Belastungen enthält, nicht in allen seinen Dimensionen behandeln. Ich will daher nur einen Komplex herausgreifen, der meines Erachtens gerade in Westdeutschland ungenügend berücksichtigt wird:

47) 1968 erscheint im Union Verlag das Buch „Napalm“, hg. von J. Takman, das wichtiges Material zu dieser Problematik enthält.

48) „Neue Zeit“ vom 6. Mai 1965

49) Zitiert nach „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln, Nr. 8/1967

In den Jahren 1945 bis 1947 und noch 1948 war die Ausgangslage für die politische und geistige Orientierung in vielerlei Hinsicht gleichartig oder mindestens verwandt. Der Ertrag des Ringens um die gesellschaftliche Neuordnung Deutschlands, wie er in der Illegalität und in der Emigration erarbeitet worden war, wirkte auch in Westdeutschland.<sup>50)</sup> Diskussionen um eine Bodenreform und eine Schulreform wurden eingehend geführt; Probleme der Sozialisierung standen zur Debatte, ja wurden sogar zum Gegenstand von Verfassungsartikeln; die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien realisierte sich in den Landesregierungen und in den örtlichen Volksvertretungen – und wenn ich sage: Zusammenarbeit der Parteien, dann meine ich damit natürlich auch die Kommunistische Partei Deutschlands, die ja etwa in Nordrhein-Westfalen und in Hessen Minister stellte und einen führenden Beitrag zum Neuaufbau eines demokratischen Lebens leistete. Diese Zusammenarbeit realisierte sich auch in den Massenkommunikationsmitteln: die „Frankfurter Rundschau“ zum Beispiel wurde von Sozialdemokraten, dem Linkskatholiken Gerst und dem Kommunisten Carlebach herausgegeben, und als Herausgeber der „Rhein-Neckar-Zeitung“ in Heidelberg fungierten der Kommunist Dr. Agricola, heute Professor in Greifswald, und Dr. Theodor Heuß. Schließlich sollte man auch einmal daran erinnern, daß führende Kommentatoren des DDR-Rundfunks ihre publizistische Arbeit in Westdeutschland begannen: der schon vor einigen Jahren verstorbene Herbert Geßner in München, Karl-Eduard von Schnitzler beim „NWDR“, erst in Hamburg, dann in Köln und Stephan Hermlin in Frankfurt am Main.

Das mag heute anekdotisch klingen, enthält aber einen wichtigen politischen Kern dessen, was wir uns „die deutsche Frage“ zu nennen angewöhnt haben. Der Hauptunterschied zwischen der Entwicklung in den westdeutschen Besatzungszonen und in der sowjetischen Besatzungszone, schon in den Jahren 1945 bis 1948, bestand nämlich bei allen in der Anfangszeit noch vorhandenen Affinitäten (das Ahlener Programm der CDU von 1947 mag hier noch kurz seine Erwähnung finden!)<sup>51)</sup> darin, daß der Prozeß der gesellschaftlichen

Neuorientierung im Osten Deutschlands zu einem konkreten gesellschaftlichen Prozeß wurde, nämlich durch sofortige Bodenreform, sofortige Schulreform, sofortige Enteignung der Kriegsverbrecher und so weiter, während er in Westdeutschland utopischer Traum humanistischer und progressiver gesellschaftlicher Kräfte blieb.

Die Wirklichkeit wurde bald, nicht zuletzt auch unter dem Einfluß der Besatzungsmächte (in den USA wurde ja das Erbe Roosevelts durch die Truman-Doktrin rasch verdrängt),<sup>52)</sup> von denjenigen beherrscht, die die vorhin von mir zitierte Frage Heinrich Manns „Imperialismus oder sozialer Volksstaat?“ nach der Seite der Reaktion hin beantworteten. Es setzte auf allen gesellschaftlichen Ebenen, nicht zuletzt im Zeichen des Marshallplans und der Währungsreform, die Restauration der alten sozialen Ordnung ein, und dieser Prozeß der Restauration war nicht nur eine akademische oder intellektuelle Absage an die Lehren aus der deutschen Geschichte, das war vielmehr der Kern der deutschen Spaltung.<sup>53)</sup>

Vielleicht erinnern Sie sich, daß 1946 und 1947 die damaligen Vorsitzenden der CDU in der sowjetischen Besatzungszone, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, den Versuch unternahmen, diesem Spaltungsprozeß durch Theorien eines „Brückenschlags zwischen Ost und West“ entgegenzutreten, unter anderem auch mit dem Ziele, durch Wiederherstellung der deutschen Einheit die gesellschaftliche Neuordnung in der sowjetischen Besatzungszone zu verlangsamen oder zu verhindern, also eine Art dritten Wegs zu gehen. Es war schon damals Dr. Adenauer, der selbst solchen fragwürdigen Versuchen entgegentrat, mit dem erklärten Ziel, in Westdeutschland eigene Wege, die Wege der sozialen Restauration nämlich, zu gehen und durch die sogenannte europäische Einigung ein restauriertes Westdeutschland zur führenden Macht in Westeuropa zu machen.<sup>54)</sup> In seinen Lebenserinnerungen hat er seine antikommunistische, antisowjetische Konzeption ohne Beschönigung beschrieben, wobei von Bedeutung ist, daß sich diese Auffassungen Adenauers bereits 1945 (im Oktober in einem Gespräch mit amerikanischen und eng-

50) Vgl. hierzu die Materialien der X. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 4. Mai 1966

51) Vgl. hierzu etwa „Thesen zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“, in: Dokumente der CDU, Band VI, S. 73

52) Vgl. hierzu L. L. Matthias, Die Kehrseite der USA, Hamburg 1964

53) Vgl. hierzu Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945 – 1949, Berlin 1965

54) Die entsprechenden Materialien sind abgedruckt in der von der Parteilitung der CDU 1957 herausgegebenen Broschüre „Denk ich an Deutschland...“

lischen Journalisten) <sup>55)</sup> klar herauskristallisiert hatten. Seinem Ziel ist Adenauer unbedingt treu geblieben, und von hier aus mußte er auch die Versuche von Kaiser und Lemmer, durch eine „nationale Repräsentation“ eine Brücke zwischen Ost und West zu schlagen, zurückweisen.

55) Ein Aktenvermerk Adenauers über dieses Gespräch ist abgedruckt in: Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 34 f. Er hat folgenden Wortlaut:

„Am 5. 10. 1945 waren ein Vertreter des News Chronicle und der Associated Press (Miss Barbara Page), empfohlen durch Herrn Stern-Rubarth, bei mir. Ich habe ihnen in sehr unterstrichener Weise meine Befürchtungen wegen der Absicht der Alliierten, der Deutschen Bevölkerung keine Kohle zum Kochen zu geben, zur Kenntnis gebracht. Ich habe auf die sehr verwerflichen Folgen, Tod ungezählter Tausender, Schwächung der übrigen, Krankheiten, Epidemien, hingewiesen. Ich habe ihnen weiter gesagt, de Gaulle habe in diesen Tagen eine Rede in Saarbrücken gehalten und laut Londoner Sender in ihr gesagt, Franzosen und Deutsche müßten einen Strich unter die Vergangenheit machen, zusammenarbeiten und eingedenk sein, daß sie Europäer seien. Die Journalisten sagten, sie seien bei dieser Rede zugegen gewesen, de Gaulle habe sogar gesagt, Franzosen und Deutsche müßten eingedenk sein, daß sie Westeuropäer seien. Ich erwiderte, ich wollte, daß einmal ein englischer Staatsmann von uns als Westeuropäern gesprochen hätte. Der Vertreter der News Chronicle fragte nach meiner Ansicht über den Rhein-Ruhr-Staat. Ich habe auf diese Frage folgendes geantwortet: Nach den Vorgängen der letzten hundert Jahre verstehe ich den Ruf Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit. Es sei aber falsch, einen Rhein-Ruhr-Staat aus dem nicht russisch besetzten Gebiete Deutschlands herauszutrennen und von Deutschland loszulösen. Der von Rußland besetzte Teil sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren. Beide Journalisten stimmten dem zu. Wenn man einen Rhein-Ruhr-Staat losgelöst von den anderen Teilen Deutschlands bilde, erhebe sich sofort die Frage, was denn aus den Teilen Deutschlands nördlich und südlich dieses Rhein-Ruhr-Staates staatsrechtlich werden solle. Rußland würde getreu seinen imperialistischen Tendenzen sofort erklären, der von ihm besetzte Teil, das ist die Hälfte des alten Deutschlands, sei das deutsche Reich. Die drei zerschnittenen Teile der nicht russisch besetzten Zonen würden schon automatisch nach Wiedervereinigung mit diesem russisch besetzten alten Reich streben. Man kehre ihr Gesicht geradezu nach dem Osten, nicht nach dem Westen. Es sei notwendig, die drei Teile des nicht russisch besetzten Gebietes, die bei Schaffung eines Rhein-Ruhr-Staates entstünden, in einem staatsrechtlichen Verhältnis miteinander zu belassen. Es könne das eventuell bundesstaatlich sein. Vor allem aber sei es meiner Ansicht nach nötig, die Wirtschaft dieses Teiles, insbesondere die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Staates mit derjenigen Frankreichs und Belgiens zu verflechten, damit dadurch gemeinsame wirtschaftliche Interessen entstünden. Gemeinsame wirtschaftliche Interessen seien meines Erachtens die sicherste und beste Grundlage für Annäherung der Völker und Sicherung des Friedens. Auf die Frage des Vertreters des News Chronicle, ob denn Köln in diesem Falle französisch besetzt werden müsse, habe ich geantwortet, das sei zur Verwirklichung des obigen Gedankens nicht notwendig. Die Forderungen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit könnten auf die obige Weise und durch internationale Kontrolle erfüllt werden; wenn es aber nicht anders gehe, müsse auch das um des höheren Zweckes willen schließlich in Kauf genommen werden. Es sei das eine Frage von zweiter Bedeutung.“

Die Gründung der Bundesrepublik ist in solchem Betracht dann nur noch der formal-juristische Schluß aus der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung in Westdeutschland, insbesondere zwischen 1947 und 1949. Und als dann die Bundesrepublik, letztlich durch einen Staatsstreich, konstituiert war, mußte sie – im Sinne der Adenauerschen Konzeption – auch alle Attribute eines restaurierten deutschen Staates tragen, vor allem natürlich die militärischen. Es bedurfte lediglich einer Art internationalen Anstoßes, nämlich des Korea-Konflikts, um die Remilitarisierung Westdeutschlands durchzusetzen. <sup>56)</sup> Schließlich blieb nur noch die Integration des Staates der sozialen Restauration und der neuerlichen militärischen Aufrüstung in das westliche imperialistische Bündnisystem, in die NATO also, übrig. Das geschah 1955. Der mehrfach von mir erwähnte Dr. Müller-Gangloff hat im Blick auf diese Entwicklung in seinem Buch „Mit der Teilung leben“ richtig geschrieben:

„Wenn ein Datum zu nennen wäre, von dem an eine Wiedervereinigung, die sich auch nur annähernd im Stile eines Anschlusses hätte vollziehen sollen, aussichtslos geworden ist, so liegt es nahe, den 5. Mai 1955 zu nennen, an dem die Bundesrepublik nach dem Abschluß der Pariser Verträge und dem Eintritt in die Nordatlantische Paktorganisation ihre Souveränität erlangte – fast auf den Tag genau ein Jahrzehnt nach der Kapitulation von Hitlers Armeen.“ <sup>57)</sup>

Natürlich war auch vorher schon das Wiedervereinigungsmodell des „Anschlusses“ nicht realisierbar – insofern wäre Müller-Gangloff zu widersprechen; aber der Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, noch dazu unter Preisgabe wichtiger souveräner Rechte bis zum Jahre 2005, das war die Errichtung des tiefen Grabens zwischen den beiden Teilen Deutschlands, und alles, was von den führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik nach diesem 5. 5. 1955 über Wiedervereinigung gesagt worden ist, das war praktisch (und ist bis heute) die Erklärung des kalten Krieges und die Proklamierung eines permanenten Kriegszustandes mit der Deutschen Demokratischen Republik. Das gilt sowohl unter politisch-militärischen als auch unter ökonomisch-sozialen Aspekten, und der katholische Schriftsteller und Schulmann Richard

<sup>56)</sup> ebenda, S. 350 ff.

<sup>57)</sup> Müller-Gangloff, a. a. O., S. 36. – Der Eintritt in die NATO erfolgte allerdings erst nach der „Souveränitäts“-Erklärung auf der NATO-Konferenz in Paris vom 9. bis 11. Mai 1955.

Matthias Müller hatte völlig recht, wenn er in seinem vor zwei Jahren veröffentlichten 103 Dialogen „Über Deutschland“ auch einen solchen Dialog formulierte:

„S (Sohn) – Die Zonenmachthaber sagen: Wiedervereinigung könne es nicht geben, solange nicht gesichert wäre, daß die sozialen Errungenschaften der Zone erhalten blieben.

V – Die Wiedervereinigung darf natürlich nur nach unseren Vorstellungen vor sich gehen . . .

Der Flick übernimmt wieder die mitteleuropäische Industrie. Auch in Sachsen und Thüringen wird man wieder schlechte Produkte mit Hilfe von Reklame teuer verkaufen dürfen. Die mitteleuropäischen Schüler werden, wie es unserer freiheitlichen Auffassung entspricht, alle sechs Tage der Woche vor der Wandtafel sitzen und keine Zeit mehr in Fabriken unter arbeitenden Menschen vertun. Das Gehabe um die Naturwissenschaften wird aufhören. Kein Arbeiterkind darf mehr durch Stipendien verführt werden, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist auf das normale Maß anzuheben, dem Spuk der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Betrieb ist ein Ende zu bereiten . . .“<sup>58)</sup>

#### IV.

Diese satirische Abkanzelung von sogenannter Wiedervereinigungspolitik und von Alleinvertretungsanmaßung erlaubt den Übergang zu einigen Bemerkungen der Selbstdarstellung dessen, was die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik sowohl in ihrem internationalen und völkerrechtlichen Kontext als auch in ihren sozialen und ökonomischen Dimensionen ausmacht.

Vielleicht würde es zunächst genügen, gerade auch in der Zurückweisung des offiziellen Standpunktes von Bonn und des „deutschen Standortes“ mancher konformistischer Propagandisten, die faktische Existenz der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne dessen hier darzulegen, was im Abschnitt 25 des von Enzensberger herausgegebenen „Katechismus zur deutschen Frage“ steht:

„Die Frage, ob der DDR Staatsqualität zukomme, ist nach der allgemein anerkannten Dreielementen-Theorie zu entscheiden . . .“<sup>59)</sup>

58) Zitiert nach „Union Pressedienst“ Nr. 11/1966  
59) „Kursbuch“ 4/1966, S. 19

Die Verfasser des Katechismus kommen zu dem Ergebnis, daß sowohl Staatsgebiet als auch Staatsgewalt und Staatsvolk, also alle drei Elemente der von Nawasky begründeten Theorie, vorhanden sind, und es ist wichtig, daß im Abschnitt 29 hinzugefügt wird:

„Eine Politik, die hartnäckig an der Fiktion festhält, die Bundesrepublik stelle das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 dar, verhindert jede Chance für eine Annäherung, erst recht jede friedliche Regelung der deutschen Frage, ganz zu schweigen von einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Politik des Alleinvertretungsanspruchs ist aussichtslos.“<sup>60)</sup>

Alle diese Aussagen sind formal negativer Natur, ohne daß sie, gerade auch für die Auseinandersetzung in Westdeutschland, wertlos wären. Sie stellen indes für das, was das Selbstverständnis der DDR angeht, nur ein Minimum dar. Für unsere Selbstdarstellung ist entscheidend der Ausgangspunkt der Entwicklung im Osten Deutschlands in den demokratischen Kämpfen des deutschen Volkes – ich nenne nur Reformation und Bauernkriege, Revolution von 1848 und Novemberrevolution 1918, Kampf um die demokratischen Rechte des werktätigen Volkes in der Weimarer Republik, antifaschistische Widerstandsbewegung, Nationalkomitee „Freies Deutschland“. <sup>61)</sup> All dies ist im übrigen nicht zu trennen (insbesondere im Blick auf die letzten einhundert Jahre) vom Kampf der deutschen Arbeiterbewegung und von der Rezeption der Ergebnisse der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Die vor einiger Zeit in der DDR erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und das 1962 veröffentlichte Nationale Programm bieten die historischen Materialien für dieses gesellschaftliche Leitbild zum Verständnis der heutigen Politik unseres Staates. <sup>62)</sup>

Es ist in diesem Zusammenhang von nicht geringer Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterbewegung der DDR in diese ihre Traditionslinien auch solche Elemente aufgenommen hat, die von weltanschaulich anderen Positionen ausgehen – so ist nur immer wieder von neuem mit Nach-

60) ebenda, S. 24

61) Vgl. hierzu etwa Gerald Götting, Christliche Bewährung im Sozialismus, Berlin 1967

62) Das Nationale Programm hat die Zustimmung weiter kirchlicher Kreise gefunden. Vgl. hierzu Moritz Mitzenheim, Politische Dialektik, Berlin 1964, S. 76

druck auf die Tatsache hinzuweisen, daß zum 450. Jahrestag der Reformation ein staatliches Reformationskomitee gebildet worden ist, dem Politiker der Arbeiterbewegung und der CDU ebenso wie Kirchenmänner und Theologen angehören. <sup>63)</sup>

Für die Entwicklung im Osten Deutschlands, zunächst in der sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR, war es daher immer charakteristisch, das Streben nach dem Aufbau einer friedlichen Ordnung in Deutschland mit dem nach Erneuerung der Gesellschaft zu verbinden, und es sind die praktische und theoretische Konsequenz und Kontinuität, die einen Staat entstehen ließen, in dem die Lehren aus der Vergangenheit gezogen worden sind, in dem heute die Ideen des Friedens und des Sozialismus triumphieren und der, genauen gesellschaftlichen Prognosen folgend, einen klaren Weg in die Zukunft beschreitet.

Wenn man die gegenwärtige Lage in Deutschland, und zwar auch unter den Aspekten, die durch das von Ihnen gestellte Thema für diesen Vortrag gegeben sind, betrachtet, wird man die Tatsache zu realisieren haben, daß auf der einen Seite in der Bundesrepublik aus dem Prozeß sozialer Restauration eine staatsmonopolistische Gesellschaftsordnung sich herausentwickelt hat, während in der DDR das Streben nach Erneuerung der Gesellschaft zum entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus geführt hat. Man wird daher auch die Gegensätze zwischen den zwei deutschen Staaten in dieser Tiefe erfassen müssen, und nur wenn man dies tut, wird man auch Schritte entdecken und gehen können, mit deren Hilfe dem Frieden und der Entspannung gedient werden kann.

Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik ist, und zwar nicht obwohl sie immer konsequenter den Weg des Sozialismus ging, sondern weil sie dies tat, stets von diesem Bestreben bestimmt gewesen. Die Erfahrungen der Volkskongreßbewegung zwischen 1947 und 1949 berücksichtigend, richtete Ministerpräsident Otto Grotewohl Ende November 1950 einen Brief an Dr. Konrad Adenauer, der von dem ernstesten Willen diktiert war, die innerdeutschen Spannungen zu überwinden und zu konstruktiven Lösungen der nationalen Frage in Deutschland zu gelangen. <sup>64)</sup> Dieser inner-

63) Auf dem Wege zur gemeinsamen humanistischen Verantwortung, a. a. O., S. 435, 436 und 457

64) Der Brief Grotewohls ist vom 30. November 1950 datiert. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - Chronik, Teil III, S. 272

deutsche Schritt fand im März 1952 seine gleichsam internationale Entsprechung, nämlich durch den Vorschlag der UdSSR, endlich einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten abzuschließen. Ich muß hier noch einmal auf die Lebenserinnerungen Adenauers hinweisen, der beiden Schritten, dem der DDR von 1950 und dem der UdSSR von 1952, ausführliche Betrachtungen widmen muß, aus denen zum Teil direkt, zum Teil indirekt, hervorgeht, welch starken Widerstand in der öffentlichen Meinung, aber auch in seiner Partei er überwinden mußte, um den Grotewohl-Brief und den Friedensvertragsentwurf der UdSSR vom Tisch zu fegen. <sup>65)</sup>

Immerhin war es zum Beispiel 1950 ein alles andere als des Progressismus verdächtiger Mann wie Bischof D. Dibelius, der nach dem Grotewohl-Brief das Angebot machte, der Ministerpräsident der DDR und der Kanzler der Bundesrepublik könnten sich in seinem Haus in Berlin-Dahlem treffen - Grotewohl nahm das Angebot an, Adenauer lehnte es brüsk ab. Und was die sowjetische Note vom 10. März 1952 betrifft, so ist der Mitte Juni 1967 verstorbene, eher konservative als progressive Publizist Dr. Paul Sethe nie müde geworden, darauf hinzuweisen, daß hier (im Anklang an ein Wort Bismarcks) versäumt wurde, einen Zipfel des Mantels Gottes zu ergreifen (eine entsprechende Formulierung steht auch noch in der letzten schriftlichen Äußerung Paul Sethes, die der „Stern“ veröffentlicht hat). <sup>66)</sup>

Es ist unmöglich, daß ich alle die weiteren Verständnisangebote der DDR (sie haben die Zahl 200 weit überschritten) hier auch nur annähernd registrieren könnte - wichtig bleibt festzuhalten, daß die DDR in nationaler Verantwortung vor jeder Neuentwicklung in der Bundesrepublik, die die Spaltung Deutschlands weiter zu vertiefen geeignet war, Angebote machte, die ein Höchstmaß an Willen zur Verständigung und an Bereitschaft zu einem „nationalen Kompromiß“ (das ist ein Wort Walter Ulbrichts) zeigten. <sup>67)</sup> Das gilt zum Beispiel für die Zeit Anfang der fünfziger Jahre im Blick auf gesamtdeutsche Wahlen entsprechend dem Wahlgesetz

65) Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953 - 1955, Stuttgart 1966 S. 32 ff. und S. 66 ff. - Die Zwischenüberschriften lauten: „Der Brief Grotewohls vom 30. November 1950“, „Die Sowjetnote vom 10. März 1952“ usw.

66) „Stern“, Hamburg, Nr. 28/1967

67) „Neue Zeit“ vom 6. Dezember 1962 (Rede Walter Ulbrichts am 2. Dezember in Cottbus)

der Weimarer Republik, wobei wir sogar Vorschläge über eine Wahlkontrolle durch die evangelische und durch die katholische Kirche (auch das entsprach Intentionen von Bischof Dibelius)<sup>68)</sup> anzunehmen bereit waren; das gilt erst recht für die zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, als es nun weniger um die Probleme der Wiedervereinigung ging (ich habe darüber im Zusammenhang mit dem 5. 5. 1955 schon gesprochen), als darum, eine atomare Aufrüstung in Westdeutschland beziehungsweise in Deutschland überhaupt zu verhindern: damals war die DDR (1957) zur sofortigen Annahme des Rapacki-Planes bereit, sie stimmte auch später (1958) dem revidierten Rapacki-Plan zu, der Vorstellungen, wie sie in der westdeutschen Öffentlichkeit erhoben worden waren, berücksichtigte,<sup>69)</sup> und die DDR machte auch einen Vorschlag über feierliche Verzichtserklärung der beiden deutschen Staaten auf atomare Waffen, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß wir dabei nicht die Frage der Anerkennung der DDR in den Vordergrund zu rücken die Absicht hätten.<sup>70)</sup>

Es ist nun hervorzuheben, daß wir auf unsere Vorschläge bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein nicht nur keine Antworten erhielten – die Reaktion in der offiziellen westdeutschen Politik auf jeden unserer Vorschläge waren eine Verschärfung und Verhärtung des Alleinvertretungsanspruches, die wir eine Alleinvertretungsanmaßung nennen. Mehr noch: selbst in der Atmosphäre einer gewissen internationalen Entspannung zur Zeit der Präsidentschaft von John F. Kennedy war (analog der Lage während des sogenannten Genfer Klimas Mitte der fünfziger Jahre) eine solche Zuspitzung in der westdeutschen Politik gegenüber der DDR zu erkennen, daß wir zu unseren Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 gezwungen waren. Damit wurde dem aggressiven kalten Krieg gegen die DDR eine entscheidende Grenze gezogen, und es ist seit diesem Zeitpunkt eine deutliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse in Deutschland zu registrieren: das spezifische Gewicht der Friedenspolitik der DDR

68) „Neue Zeit“ vom 17. April 1952

69) Der Rapacki-Plan wurde am 2. Oktober 1957 der UNO unterbreitet, die revidierte Fassung am 4. November 1958. Außenminister Dr. Bolz stimmte am 5. Oktober 1957 in einem Telegramm an den Präsidenten der UNO-Vollversammlung dem Plan zu. Vgl. etwa Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil III, S. 563

70) „Neue Zeit“ vom 16. Januar 1964 und vom 28. Mai 1964

und des sozialistischen Aufbaus tritt in überzeugender Weise in Erscheinung. Das geben objektive Beobachter, von dem Westberliner Dr. Müller-Gangloff bis zum Deutsch-Amerikaner Prof. Hans Apel, unumwunden zu, und seit dieser Zeit erscheint ein Buch in der Bundesrepublik nach dem anderen, das mahnt, das Gesicht des „zweiten Deutschland“ (so Ernst Richert) besser kennenzulernen, oder das konstatiert (so Eberhard Schulz): „An Ulbricht führt kein Weg vorbei“.

Sowohl im Blick auf die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung in der DDR als auch in Betracht unserer Friedenspolitik ist es daher einfach ein Gebot der Stunde, nicht allgemein über Realitäten in Europa und in Deutschland zu reden, nicht immer neue Zauberformeln zu entwickeln, mit denen man doch an der Sache vorbeiredet, sondern man muß einfach die Schlußfolgerung ziehen: Wenn man zu einer Entspannung in Mitteleuropa kommen will, wenn man den Frieden in Europa sichern will, wenn man die Lehren aus der Geschichte (und zwar auch in ihrem sozialgeschichtlichen Kontext) ziehen will, dann kann man nicht mehr den kalten Krieg gegen die DDR führen, dann kann man nicht mehr die Alleinvertretungsanmaßung in den Vordergrund rücken, dann kann man aber auch nicht allgemein von einem „qualifizierten Nebeneinander“ der beiden deutschen Staaten sprechen, wie das ein in Lübeck geborener bundesdeutscher Politiker so gern tut,<sup>71)</sup> dann muß man eben die Deutsche Demokratische Republik anerkennen.

Mit der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik wird diese nicht zum „Ausland“, wie immer wieder behauptet wird. Wohl aber würde hierdurch absolut klar gestellt, daß die DDR nicht länger als „Inland“ der Bundesrepublik betrachtet und behandelt werden kann, in das Bonn meint hineinreden zu dürfen, um es dann letztlich integrieren zu können.

In vielen Vorstellungen oppositioneller westdeutscher Politiker kommen heute Gesichtspunkte hoch, die, sagen wir vor zehn oder acht Jahren, hätten interessant und auf der Höhe der Zeit sein können – heute sind sie schon anachronistisch. Heute gibt es nur noch eins – nämlich

1. die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze;
2. die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR;

71) Damit ist W. Brandt gemeint.



3. die Anerkennung der Notwendigkeit einer internationalen Friedensregelung und
4. die Anerkennung der Notwendigkeit von Abrüstungsmaßnahmen, etwa Beitritt zum Nonproliferation-Vertrag und atomwaffenfreie Zone.

Diese vier von mir zitierten Punkte sind nicht meine, sondern sie sind das Ergebnis einer Konsultation zur deutschen Frage, die Anfang April 1967 von den Regionalausschüssen der Christlichen Friedenskonferenz aus der Bundesrepublik und aus der DDR sowie des CFK-Arbeitskreises Westberlin in Beienrode abgehalten worden ist.<sup>72)</sup> Sie erfassen den Kern der Dinge heute ebenso wie – um eine Äußerung aus einem ganz anderen, hanseatischen Interessen verbundenen Bereich hier anzuführen – die Feststellungen, die der Vorsitzende der Hamburger FDP, Rademacher, vorige Woche in einem Interview mit der „Deutschen Volkszeitung“ zu wirtschaftspolitischen Fragen getroffen hat:

„Vor allem müssen wir von unserer Seite her endlich zu international üblichen Handelskonditionen auch gegenüber der DDR kommen...“<sup>73)</sup>

Beide Willenskundgebungen weisen ein Tertium comparationis zu den letzten Vorschlägen, die im Ergebnis des VII. Parteitag der SED aus der DDR gekommen sind, auf, nämlich zu dem Offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU<sup>74)</sup> und zum Memorandum, das die Regierung der DDR im Juli der Weltöffentlichkeit übergab.<sup>75)</sup> Dort wird noch einmal das zusammengefaßt, was in dem Brief des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR an Bundeskanzler Dr. Kiesinger vom 10. Mai enthalten war und auf das wir nur die – nun allerdings schriftlich formulierte und dem Postweg anvertraute – Antwort der Alleinvertretungsanmaßung erhielten. Die Punkte, um die es geht, sind die folgenden – ich zitiere aus dem Offenen Brief:

„Aufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten;  
Verzicht beider deutscher Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen;  
Anerkennung der gegenwärtig bestehenden Grenzen in

Europa, insbesondere der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten;

Herabsetzung der Rüstungsausgaben beider deutscher Staaten um jeweils die Hälfte;

Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeglicher Form sowie über ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;

Eintreten der Regierung der DDR und der Bundesrepublik für normale Beziehungen beider deutscher Staaten zu den anderen europäischen Staaten und für die Herstellung diplomatischer Beziehungen aller europäischen Staaten zu beiden deutschen Staaten.“<sup>76)</sup>

Diese Vorschläge und die mit der USA-Reise des Bundeskanzlers Kiesinger und mit dem jetzt in Genf vorliegenden Nonproliferation-Vertrag verbundenen Auseinandersetzungen erweisen – und lassen Sie mich damit diese Ausführungen zusammenfassen – noch einmal die Fruchtbarkeit der Formel „Rapallo und Rapacki“. Die sich aus dem konsequenten sozialistischen Aufbau entwickelnde Politik der DDR – sie ist gleichsam Rapallo auf einer höheren Ebene, und zwar einmal in der Berücksichtigung der Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in der Herausbildung eines höheren Typs freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR, nämlich von Beziehungen brüderlich vereinter sozialistischer Staaten<sup>77)</sup>, und was Rapacki (als Formel) angeht, so tut die DDR alles, um zu einer internationalen Entspannung, zur Abrüstung, zur Herstellung atomwaffenfreier Zonen, zur kollektiven Sicherheit in Europa und zur friedlichen Verständigung in Deutschland zu gelangen.

Unser „Entwurf für Europa“ ist nicht der Entwurf einer machtpolitischen und nuklearen Hegemonie, wie er in dem gleichnamigen Buch von Franz Josef Strauß enthalten ist (und der Schriftsteller Karlheinz Deschner hat in einer interessanten Analyse schon vom verwendeten Vokabular her den Pferdefuß dieser Konzeption aufgedeckt: in dem Buch kommt der Begriff „Atom“ 121mal und der Begriff „Human“ zweimal, noch dazu in abwertender Weise, vor).<sup>78)</sup> Unser Ent-

72) „Evangelisches Pfarrerblatt“ Nr. 8/1967

73) „Deutsche Volkszeitung“, Düsseldorf, Nr. 34/1967

74) „Neue Zeit“ vom 28. Juni 1967

75) „Neue Zeit“ vom 22. Juli 1967

76) a. a. O.

77) Hier ist vor allem an den umfassenden deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1964 zu erinnern, aber auch an die Verträge mit anderen sozialistischen Staaten.

78) „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln, Nr. 7/1967

wurf für Europa ist in dem vorhin schon zitierten Offenen Brief so formuliert:

„Menschlichkeit verlangt, auf Atomwaffen zu verzichten, mit der Abrüstung zu beginnen und die Rüstungsausgaben zugunsten der sozialen Sicherheit zu senken... Eine unabdingbare Forderung für die Sicherung des Friedens und für wahre Menschlichkeit besteht im Verzicht auf die Bonner Alleinvertretungsmaßnahme und jegliche Revanchepolitik.“<sup>79)</sup>

Hierin sehe ich Kernpunkte einer Friedenspolitik der Deutschen 1967. Es geht heute darum, einer Globalstrategie konventioneller Kriege und konterrevolutionärer Putsche die Konzeption der friedlichen Koexistenz entgegenzustellen, mit deren Hilfe die eine, einzige Welt des Friedens und des Fortschritts erreicht werden kann, und in Europa geht es um die faktische und normative Anerkennung der Realitäten, wodurch zu erreichen ist, daß nie wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht.

Daher bin ich auch völlig einig mit dem, was Prof. Fritz Baade im letzten Kapitel seines Buches „Der Wettlauf zum Jahre 2000“ festgestellt hat:

„Mit dem Verstand ist auch zu erkennen, was die Menschheit zu gewinnen hat, wenn sie den Krieg abschafft: einen Wohlstand und ein Maß an Sicherheit, wie sie es noch niemals erlebt hat. Aus der radikalen Abrüstung werden sich Ersparnisse von fast unvorstellbaren Dimensionen ergeben. Wenn auch nur ein Teil dieser Ersparnisse dazu benutzt wird, den Kampf gegen Hunger und Armut wirksamer zu führen, so wird dieser Kampf noch wesentlich früher und wesentlich vollständiger gewonnen werden als sonst. Die Menschen müßten also geradezu verrückt sein, wenn sie hier statt des kollektiven Selbstmordes nicht den Weg zu einem Paradies auf Erden wählen würden.“<sup>80)</sup>

Möchte dies ein weiterwirkender Appell gerade heute, am 28. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges, sein.

79) a. a. O.

80) Fritz Baade, Der Wettlauf zum Jahre 2000, Berlin 1966, S. 349 f.

- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925–1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalliteratur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz – das ist heute der Friede
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit – Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit – Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz – Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken Dietrich Bonhoeffers
- 133 Dr. h. c. Otto Nuschke: Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden (Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß im April 1955 in Dresden). Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek
- 135 Gerald Götting: Zwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union – zwanzig Jahre gemeinsamen Kampfes für Frieden und Sozialismus, für das Glück des Volkes
- 137 Pfarrer Károly Tóth: Aufgaben der Kirche in einer sich wandelnden Welt – Bericht über die 19. Generalversammlung des Reformierten Weltbundes
- 138 Günter Bauer: Wissen ist Macht – Die Mitverantwortung der christlichen Demokraten für die Ausgestaltung des sozialistischen Bildungssystems
- 139 Siegfried Baltrusch: Für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft
- 140 Wolfgang Heyl: Zwanzig Jahre demokratische Bodenreform

- 141 Erwin Krubke / Gerhard Mischel: „Formierte Gesellschaft“ – „Idee“ und Wirklichkeit des Staatsmonopolismus in Westdeutschland
- 142 Walter Bredendiek: Reflektierte Geschichte – Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen
- 143 Heinz Büttner: Geordnete Beziehungen – Grundlagen geistlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Volkes
- 144 Gerald Götting: Für die Rettung der Nation – Zusammenarbeit aller friedliebenden Deutschen
- 145 Edmund Meclewski: Neues Leben in Polens West- und Nordgebieten
- 146 Günter Wirth: Verantwortung und Erwartung der Deutschen
- 147 Dr. Helmut Dressler: Evangelische Kirche und Revanche-Ideologie in der Weimarer Republik und im Bonner Staat
- 148 Kirche in gewandelter Welt – Das II. Vatikanische Konzil im Spiegel seiner Beschlüsse. Zusammengestellt von Hubertus Guske
- 149 Gerhard Desczyk: Vom Friedensdienst der Katholiken
- 150/151 Dr. Paul Ullmann: Psychologie und Leitungstätigkeit
- 152 H. C. Herrmann: Der Bonner Neokolonialismus und seine Unterstützung durch NATO-gebundene westdeutsche Kirchenleitungen
- 153 Pfarrer Götz Bickelhaupt: Auf dem Wege zur engagierten Gemeinde
- 154 Carl Ordnung: Die Mitverantwortung der Christen beim Aufbau des Sozialismus
- 155 Pastor Traute Arnold: Der Christ in der geistig-kulturellen Entwicklung hier und heute
- 156 Siegfried Welz: Gut und richtig reden
- 157 Christlicher Dienst in den gesellschaftlichen und internationalen Fragen unserer Zeit – Ungarischer Studienbeitrag zur Thematik des Weltkongresses „Kirche und Gesellschaft“
- 158/159 Carl Ordnung: Der Christ in den revolutionären Umwälzungen unserer Zeit
- 160 Über den Fortschritt der Völker („Populorum progressio“)
- 161 Dr. Nikolaus Zaske: „Ex oriente pax“
- 162 Dr. theol. habil. Günther Kehnscherper: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die Kirchen Mitteleuropas
- 163 Die Reformation als Erbe und Auftrag – Aus der „Wegweisung“ der Generalsynode der Reformierten Kirche von Ungarn
- 164 Carl Ordnung: Die Oktoberrevolution verändert die Welt

Verkaufspreis 0,50 M – Doppelheft 1,– M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB), Berlin